

Inhalt

Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirates des bvöd	1
Terminankündigung: TTIP-Konferenz in Berlin	2
Aktuelles	3
Aktuelles aus Brüssel und vom CEEP	4
TTIP und CETA: Rückblick und aktueller Sachstand	7
Glossar: Der Sozialdialog und die neue EU-Kommission	10
Terminvorschau	11
Kontakt	11

Impressum

Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen - Deutsche Sektion des CEEP e.V. (bvöd)
Invalidenstraße 91
10115 Berlin
fon: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 0
fax: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 29
email: info@bvoed.de
www.bvoed.de

Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirates des bvöd

WBR nimmt in Anhörung Stellung zum 20. Hauptgutachten der Monopolkommission

Am 12.09.2014 hatte der Wissenschaftliche Beirat des bvöd (WBR) beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) seine [Stellungnahme](#) zum Kapitel über die **kommunale Wirtschaftstätigkeit und den Trend zur Rekommunalisierung** als Teil des kürzlich veröffentlichten Hauptgutachtens der Monopolkommission eingereicht.

Am Dienstag dieser Woche (23.09.14) stellte der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des bvöd, Prof. Holger Mühlenkamp (Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer), in einer Anhörung des BMWi die Position des WBR vor.

In seiner Stellungnahme zeigt der WBR auf, dass die Monopolkommission wichtige Theoriebausteine der Ökonomik außer Acht lässt und insgesamt verengend argumentiert. Die Stellungnahme macht zudem deutlich, dass der von der Monopolkommission behauptete grundsätzliche Effizienzvorteil privater Unternehmen gegenüber öffentlichen Unternehmen einer empirischen Prüfung nicht standhält. Auch zu den sektorbezogenen Vorschlägen der Monopolkommission zur Wasserwirtschaft und zur Telekommunikationswirtschaft nimmt der WBR Stellung und weist insbesondere die Forderung nach einer Anreizregulierung der Wasserwirtschaft zurück.

Verfasst wurde die Stellungnahme von Prof. Mühlenkamp und Dr. Britta Ammermüller, Mitglied des Präsidiums des Wissenschaftlichen Beirates des bvöd und vom Verband kommunaler Unternehmen (VKU) in Berlin.

Zur Pressemitteilung des bvöd: [LINK](#)
Zur WBR-Stellungnahme: [LINK](#)

Die Monopolkommission hatte dem Bundesminister für Wirtschaft und Energie im Juli 2014 ihr 20. Hauptgutachten übermittelt und erwartet nun die Stellungnahme der Bundesregierung. Aus diesem Anlass waren auch Interessenverbände aufgefordert, dem BMWi eine Bewertung des Gutachtens zukommen zu lassen.

Terminankündigung: TTIP-Konferenz in Berlin

Konferenz am 26. November 2014:

„TTIP: Gefahr oder Chance? Wie schaffen wir eine gerechte Handelspolitik?“

Gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und dem Bündnis TTIPunfairHandelbar wird der bvöd eine ganztägige Konferenz am 26. November 2014 in Berlin zum Thema der geplanten transatlantischen Freihandels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA veranstalten.

Die gemeinsame Veranstaltung wird bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, in Berlin-Tiergarten, Hiroshimastraße 17, stattfinden und neben TTIP auch die Aspekte des CETA- und TiSA-Abkommens beleuchten.

Dies wird im Rahmen von mehreren Podiumsdiskussionen und Workshops geschehen, der bvöd wird eine Podiumsdiskussion zum Thema „**TTIP und Öffentliche Dienstleistungen**“ als Teil der Konferenz durchführen. An dieser werden teilnehmen:

- **Dr. Sabine Groner Weber**, Geschäftsführerin Personal und Fahrservice der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH und stellvertretende Präsidentin des bvöd
- **Prof. Markus Krajewski**, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des bvöd
- ein Vertreter der Generaldirektion Handel der EU-Kommission (angefragt).

Eine Einladung mit Programm und Anmeldeformular wird in Kürze veröffentlicht. Die Veranstaltung ist kostenfrei.



Aktuelles

Wissenschaftlicher Beirat des bvöd positioniert sich zu Gutachten der Monopolkommission



Berlin, 12.09.2014. Der Wissenschaftliche Beirat des Bundesverbandes Öffentliche Dienstleistungen (bvöd) hat heute beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie seine Stellungnahme zum Kapitel über die kommunale Wirtschaftstätigkeit und den Trend zur Rekommunalisierung als Teil des kürzlich veröffentlichten Hauptgutachtens der Monopolkommission eingereicht. [zum vollständigen Artikel](#)

Europaweite CEEP-Umfrage „Pulse of Public Services“: Vierte Auflage gestartet



Brüssel, 08.09.2014. Der CEEP hat mit dem Beginn dieser Woche die mittlerweile vierte Auflage seiner europaweiten Umfrage „Pulse of Public Services“ unter öffentlichen Unternehmen gestartet. CEEP bittet die Unternehmensverantwortlichen darin um eine Einschätzung hinsichtlich der aktuellen und zu erwartenden Situation und Entwicklung des Unternehmens in Hinblick auf Investitionen, Beschäftigung und Wachstum.

[zum vollständigen Artikel](#)

CEEP positioniert sich zu EU-Kommissionsplänen einer europäischen Arbeitslosenversicherung



Brüssel, 03.09.2014. Medienberichte in Deutschland haben kürzlich die schon länger bestehenden Pläne der EU-Kommission aufgegriffen, eine europäische Arbeitslosenversicherung einzuführen. Der CEEP hatte sich bereits im Juli 2014 am Rande eines EU-Ministertreffens dazu positioniert und eine Alternative ins Spiel gebracht.

[zum vollständigen Artikel](#)

Themenrückschau Juli 2014:

- [VKU: Monopolkommission greift in Organisationsfreiheit der Kommunen ein](#)
- [Personalentscheidungen und Gremienwahlen auf europäischer Ebene im Überblick](#)
- [CEEP fordert neue Politik für Investitionen in Bildungs- und Netzwerkinfrastrukturen](#)
- [EU-Kommission veröffentlicht Legislativpaket zur Abfallwirtschaft](#)
- [EuGH: Subventionierung inländischer Ökostrom-Erzeugung mit EU-Recht vereinbar](#)

Aktuelles aus Brüssel und vom CEEP

Newsletter des CEEP abonnieren (monatlich):

<http://www.ceep.eu/suscribe-to-our-newsletter/>

Themenbereich Social Affairs

Sitzung des CEEP Boards für Soziale Angelegenheiten

Am Montag dieser Woche (22.09.) fand in Brüssel die Sitzung des CEEP Social Affairs Board statt, in der u.a. folgende Themen behandelt wurden:

- Die Revision der europäischen Arbeitszeitrichtlinie. Von Seiten der EU-Kommission nahmen mit Muriel Guin (Referatsleiterin), Marie Laguarrigue (stellvertr. Referatsleiterin) und Sacha Garben (Rechtsreferentin) drei Vertreterinnen des Referats für Arbeitsrecht der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration teil.
- Inhalte des Verhandlungsmandats für ein neues Arbeitsprogramm der EU-Sozialpartner für die Jahre 2015 bis 2017.
- Die Halbzeitbewertung der EU 2020-Strategie und die in Abstimmung befindliche Position des CEEP dazu.
- Die Stellungnahme der CEEP-Task Force „Health & Safety“ (Gesundheit und Sicherheit) zum neuen „EU-Rechtsrahmen für Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz“.
- Die Vorstellung des finalen Entwurfs der CEEP-Antwort auf die Revision der IORP-Richtlinie (Richtlinie über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung).

Über die genauen Inhalte informiert der bvöd-Ausschuss im Sozialpartnerbereich in seiner Sitzung am 2. Oktober 2014 in Berlin. Eine Anmeldung für Mitglieder von CEEP Deutschland ist noch bis Freitag, 26.09., möglich: zur [Onlineanmeldung](#) oder per Mail an info@bvoed.de.

Kommission überprüft 18 Pilotprojekte zur Jugendgarantie

Die EU-Kommission hat Anfang September (09.09.) zusammen mit Koordinatoren 18 Pilotprojekte über die [Umsetzung der Jugendgarantie überprüft](#). Die Projekte wurden zwischen August und Dezember 2013 in Irland, Italien, Litauen, Polen, Rumänien, Spanien und dem Vereinigten Königreich durchgeführt. Ziel der Projekte ist es, die Mitgliedstaaten mit praktischen Erfahrungen bei ihren jeweiligen nationalen Jugendgarantie-Programmen zu unterstützen.

Themenbereich Public Services

Die Prioritäten der italienischen Ratspräsidentschaft

Anfang September stellte die italienische Ratspräsidentschaft in mehreren Ausschüssen des Europäischen Parlaments ihre inhaltlichen Prioritäten für die Zeit bis Jahresende vor. So sollen u.a. die Themen mehr Transparenz bei den Verhandlungen zu TTIP, 4. Eisenbahnpaket, Wachstumsstrategie & Wettbewerbsfähigkeit der EU, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die 2030 Klima- und Energieziele und die Erhöhung des Frauenanteils in Unternehmensvorständen Priorität genießen. Zur [Pressemittteilung des EP](#)

EU-Kommission veröffentlicht Verordnung mit Regelungen für den Umgang mit Handelsstreitigkeiten

Die EU-Kommission hatte am 28. August 2014 diese [Verordnung](#)¹ veröffentlicht. In den Regelungen sind auch die Grundsätze für die Zuweisung eventuell anfallender Kosten oder Erstattungen bei Streitigkeiten festgelegt. Die Mitgliedstaaten sind bei Streitfällen zuständig, die ihre eigenen Maßnahmen betreffen, die EU hingegen für Streitfälle im Zusammenhang mit Maßnahmen auf EU-Ebene. In allen Fällen wird eine enge Zusammenarbeit und mehr Transparenz innerhalb der EU und zwischen den EU-Organen angestrebt, so die Aussage der Europäischen Kommission. Zur [Pressemittteilung der EU-Kommission](#)

CEEP-Sektorthemen

Kurzbericht zur Sitzung der CEEP Task Force "Umwelt"

Am 16. September 2014 traf sich in Brüssel die CEEP Umwelt-Taskforce, um den Entwurf einer CEEP-Stellungnahme zum [EU-Legislativpaket für die Kreislaufwirtschaft](#) zu diskutieren. Seine verschiedenen legislativen Bestandteile, insbesondere die Vorschläge zur Überarbeitung der EU-Abfallrahmenrichtlinie und der EU-Verpackungs- und Verpackungsabfallrichtlinie werden in den kommenden Monaten eines der großen Gesetzgebungsdossiers auf EU-Ebene darstellen. Die Mitglieder diskutierten daher, welche Positionen CEEP in die laufende Debatte über die neuen Richtlinien einbringen wird. Insbesondere wurde die Notwendigkeit eines kohärenten Ansatzes hervorgehoben, der im Einklang mit anderen EU-Rechtsvorschriften die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit von allen Teilen der Wertschöpfungskette begünstigt. Das CEEP-Generalsekretariat wird auf Grundlage der Task Force-Sitzung den finalen Entwurf des geplanten Positionspapiers ausarbeiten. Ein Austausch der CEEP-Mitglieder mit den für den Abstimmungsprozess über das Legislativpaket relevanten Vertretern der europäischen Institutionen ist vorgesehen.

¹ VO (EU) Nr. 912/2014 zur Schaffung der Rahmenbedingungen für die Regelung der finanziellen Verantwortung bei Investor-Staat-Streitigkeiten vor Schiedsgerichten, welche durch internationale Übereinkünfte eingesetzt wurden, bei denen die Europäische Union Vertragspartei ist.

Sitzungen des CEEP Sustainability Boards und der Task Forces Energy und Transport in dieser Woche

Beim CEEP steht die jetzige Septemberwoche ganz im Zeichen von Arbeitsgremiensitzungen: Das CEEP Sustainability Board trifft sich ebenso wie die Task Force Energie am heutigen Donnerstag (25.09.), die Task Force Verkehr nur einen Tag später, am 26.09.

Themen auf der Tagesordnung des **Sustainability Boards** am Donnerstagsmorgen werden u.a. die CEEP-Stellungnahmen zur Bewertung der Europa 2020-Strategie sein sowie die Diskussion eines „Pflichtenheftes“ für den Beitrag des Boards zu einer möglichen Untersuchung über die Auswirkungen der Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Die CEEP-Task Force **Energy** wird am Donnerstagnachmittag CEEP-Positionen zu aktuellen Entwicklungen auf EU-Ebene besprechen, u.a. die geplante Ernennung und Anhörungen der Kandidaten für die Europäische Kommission in den Bereichen „Energieunion“ und „Energie und Klimawandel“ und die CEEP-Antwort auf die [Ergebnisse der öffentlichen Konsultation „Energy Regulation: A Bridge to 2025“ der Europäischen Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden \(ACER\)](#).

Die CEEP-**Transport** Task Force wird sich am Morgen des 26.09.2014 auf das 4. Eisenbahnpaket konzentrieren und sich mit Giuseppe Izzo, dem Verkehrsattaché der Ständigen Vertretung Italiens bei der EU, über das laufende Gesetzgebungsverfahren austauschen.

Die für die Sitzungen relevanten Dokumente sind für Mitglieder im CEEP-Mitgliederbereich abrufbar.

CEEP-Projekte

CEEP-Unternehmensumfrage „Pulse of Public Services“ verlängert

Seit der zweiten Septemberwoche läuft die vierte Auflage der europaweiten Umfrage „**Pulse of Public Services**“ des CEEP unter öffentlichen Unternehmen. Diese soll die Einschätzungen von Unternehmensverantwortlichen bezüglich der momentanen und erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung öffentlicher Unternehmen in Europa für Investitionen, Beschäftigung und Wachstum einholen.

Die Umfrage wird zweimal jährlich durchgeführt und deren Ergebnisse fließen in die Diskussionen auf europäischer Ebene insbesondere in den sog. Dreigliedrigen EU-Sozialgipfel ein. Alle Antworten der Umfrage werden anonym ausgewertet und veröffentlicht.

Das CEEP-Generalsekretariat hat den Teilnahmeschluss um eine Woche auf den **30. September 2014** verlängert.

Zur deutschen Version der Umfrage: <https://www.surveymonkey.com/s/ppsaautumn2014de>

Zu den [Ergebnissen der letzten Umfrage im Frühjahr 2014](#)

Vergabe des CEEP-CSR-Label 2014: Bewerbungen von vier deutschen Unternehmen eingegangen

Bis Jahresmitte konnten sich Unternehmen aus ganz Europa um das [CEEP-Gütesiegel für gesellschaftliche Verantwortung als anerkanntes europäisches Label für öffentliche Unternehmen](#) bewerben. Beim CEEP gingen bis Teilnahmeschluss 20 Bewerbungen von Unternehmen aus Frankreich, Schweden, Portugal, Italien, Großbritannien und vier aus Deutschland ein.

Die Vergabe eines Gütesiegels alle zwei Jahre an öffentliche Unternehmen und Erbringer öffentlicher Dienstleistungen zur Anerkennung ihrer CSR-Aktivitäten ist Teil des seit 2006 laufenden CEEP-Projektes zur gesellschaftlichen Verantwortung öffentlicher Unternehmen. Es wurde seit 2008 an über 60 Unternehmen aus ganz Europa verliehen.

Die von den Unternehmen eingereichten Belegdokumente ihres CSR-Engagements werden zurzeit von einer unabhängig besetzten Jury ausgewertet. Diese entscheidet auch über die Vergabe des Labels und über Sonderauszeichnungen.

Die Verleihung des Labels wird am 29. Oktober 2014 in Mailand im [Casa dell'Energia e dell'Ambiente, Piazza Po, 3 Milano](#) im Rahmen einer Veranstaltung der italienischen EU-Ratspräsidentschaft zum Thema „CSR und der dritte Sektor“ stattfinden, wozu alle CEEP-Mitglieder und Interessierte eingeladen sind. Weitere Infos folgen zeitnah.

TTIP und CETA: Rückblick und aktueller Sachstand

- Am 4. August sendete die ARD eine Reportage mit dem Titel "[Der große Deal - Geheimakte Freihandelsabkommen](#)" und thematisierte darin Inhalte und Ablauf der Verhandlungen zwischen der EU und den USA über **TTIP**. Geheime Papiere zeigen, dass das geplante Freihandelsabkommen europäische Standards gefährden könnte. Am 14. August veröffentlichte die ARD unter [Tagesschau.de](#) die CETA-Vertragstexte [zum Downloaden](#).
- Gegenüber dem EU-Parlament [kündigte EU-Handelskommissar De Gucht Mitte September an](#), dass der EU-Kanada-Gipfel am Freitag dieser Woche (26.09.) der Beginn der Ratifizierung des **CETA**-Abkommens sei. Der Text sei dem Handelsausschuss bereits übermittelt worden und werde in Kürze veröffentlicht. Die Präsidenten der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates sollen dann gemeinsam mit dem kanadischen Premierminister Stephen Harper die Verhandlungen für offiziell beendet erklären. Zudem soll der Verhandlungstext dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Ratifizierung vorgelegt werden, so De Gucht.

Dagegen führt das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) auf einer [Infoseite zu CETA](#) aus (Punkt 3 „Wie ist der weitere Zeitplan?“), dass die EU-Kommission NICHT plane „- entgegen zunächst anderslautender Informationen -, CETA bei dem für den 25./26. September geplanten EU-Kanada-Gipfel zu paraphieren, d. h. durch die Verhandlungsführer zu bestätigen, dass das Abkommen technisch fertig verhandelt ist, und den Vertragstext damit vorläufig festzulegen.“

- Das BMWi hat diese Woche (22.09.2014) [zwei Gutachten](#) zum **CETA**-Entwurf vorgestellt. Die Gutachten beschäftigen sich zum einen mit der Einstufung von CETA als **gemischtes Abkommen** und zum anderen mit dem Thema **Investitionsschutz**. Eines der Gutachten belegt, dass es sich bei CETA um ein gemischtes Abkommen handele. Die Bundesregierung vertritt daher die Meinung, dass neben dem Rat und dem Europäischen Parlament auch die nationalen Parlamente dem Abkommen zustimmen müssen. Zudem hält sie „spezielle völkerrechtliche Regelungen zum Investitionsschutz und zu Investor-Staat-Schiedsverfahren zwischen Staaten, die über belastbare Rechtsordnungen verfügen und ausreichend Rechtsschutz vor unabhängigen nationalen Gerichten gewährleisten, grundsätzlich für entbehrlich“.

- Ein [SPD-Parteikonvent hat vergangenen Samstag](#) ein gemeinsames [Forderungspapier](#) von BM Gabriel und DGB-Chef Hoffmann mit Anforderungen an die derzeit laufenden Freihandelsgespräche über das geplante EU-USA-Freihandelsabkommens (**TTIP**) angenommen.

Darin heißt es zur Daseinsvorsorge in Punkt 9 u.a.:

„Die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge in der EU muss gewahrt werden. Für den Bereich der Daseinsvorsorge sollen keine Verpflichtungen in Deutschland übernommen werden. Bisherige EU-Vereinbarungen zum Schutz öffentlicher Dienstleistungen dürfen nicht durch das Abkommen beeinträchtigt werden. Den nationalen, regionalen und lokalen Gebietskörperschaften wird für die Ausgestaltung von Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse ein umfassender Gestaltungsraum garantiert“.

Und Weiter: *„Die Entscheidungsfreiheit regionaler Körperschaften über die Organisation der Daseinsvorsorge muss unberührt bleiben. Es darf keinen direkten oder indirekten Zwang zu weiterer Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen oder gar eine Priorisierung ‚privat vor öffentlich‘ durch das Abkommen geben“.* Die zu erstellende Verpflichtungsliste im Dienstleistungsbereich für Liberalisierungen sei zusammen mit den betroffenen Bereichen zu diskutieren und zu erstellen.

Inwieweit das BMWi im Austausch mit der EU-Kommission die Bedingungen des Papiers umsetzen kann und wird, bleibt abzuwarten. Der bvöd ist bereit sich als Teil der Zivilgesellschaft an einer öffentlichen Debatte zu beteiligen.

- Bereits im August hatte sich in einem Beitrag ([„Die roten Linien von TTIP“](#)) für das Journal für Internationale Politik und Gesellschaft (IPG) der Ausschussvorsitzende für internationalen Handel im EU-Parlament, Bernd Lange (S&D), zu den Bedingungen geäußert, unter denen die „Sozialdemokraten“ einem Abkommen zustimmen werden. So lehnt er u.a. einen Streitbeilegungsmechanismus zwischen Staaten mit zuverlässigen und entwickelten Rechtssystemen aus Sicht der Sozialdemokraten ab.

In einem [Positionspapier mit „Sozialdemokratischen Positionen“](#) zu **CETA** von Anfang September schreibt Lange zur Daseinsvorsorge: *„Vor allem die breiten horizontalen Ausnahmen für Daseinsvorsorge und öffentliche Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Bildung, und Gesundheit, auf die sich die EU und Kanada verständigt haben, müssen so umgesetzt werden, dass keinerlei Zweifel an deren Schutz besteht. Hinzu kommt eine kritische Aufarbeitung von Verabredungen, die einer Rekommunalisierung von Dienstleistungen entgegenstehen könnten (ratchet/stand still clause).“* Auch andere sozialdemokratische Politiker hatten sich bereits vor dem Parteikonvent zu TTIP und CETA positioniert, darunter Jan Stöß ([„Investitionsschutz nicht mit der SPD“](#)), Carsten Sieling (SPON: [„Widerstand in der SPD gegen Gabriels Freihandels-Kurs“](#)) und Herta Däubler-Gmelin ([CETA: „Nicht zustimmungsfähig!“](#)).

- In einer [Studie für das EU-Parlament](#) macht das [ifo Institut darauf aufmerksam](#), dass die EU-Exporte in den Sektoren **Landwirtschaft und Lebensmittel** um 60 Prozent steigen könnten, wenn alle Zölle und anderen Handelshemmnisse um 25 Prozent verringert würden. Die Importe aus den USA könnten jedoch um 120 Prozent wachsen, was den EU-Überschuss im Handel von derzeit sechs Milliarden Euro auf null reduzieren würde. "Während die Wachstumsraten beeindruckend aussehen, so ist doch der absolute positive Effekt von TTIP auf diese Branche vergleichsweise niedrig, verglichen mit der verarbeitenden Industrie oder den Dienstleistungen".
Zudem könnte TTIP in denjenigen Sektoren zu Marktverwerfungen führen, in denen der gegenwärtige EU-Zollschutz hoch sei und wo europäische Produzenten einen Kostennachteil wegen strenger EU-Regeln hätten, so das Ifo-Institut. Um eine politisch nicht gewollte Absenkung der EU-Standards zu vermeiden, wird TTIP „**Mengenbeschränkungen und Sicherheitsmaßnahmen**“ enthalten müssen.
- Die Auswertung der über [150.000 eingegangenen Konsultationsantworten](#), darunter die des bvöd, zu **TTIP** und Investitionsschutzklauseln wird laut Aussage der EU-Kommission erst im November 2014 abgeschlossen sein.
Aus Sicht des bvöd scheint es unwahrscheinlich, dass die dortigen Ergebnisse zu Änderungen im bereits verhandelten CETA-Abkommen führen werden, obwohl dessen Kapitel Grundlage der Konsultation waren.
- Die EU- Kommission hat nach einer rechtlichen Prüfung am 11. September die [Zulassung der Initiative "Stop TTIP" als Europäische Bürgerinitiative](#) abgelehnt. Die Ablehnung wird damit begründet, dass die Verhandlungsmandate zu den Freihandelsabkommen mit USA und Kanada keine Rechtsakte seien, sondern interne Vorbereitungsakte zwischen den EU-Organen und insofern durch eine Bürgerinitiative nicht anfechtbar. Darüber hinaus, so die Begründung, könne die Kommission keine negativen Ratifizierungsvorschläge machen und der Hauptforderung der Initiative die Verhandlungen über CETA und TTIP nicht abzuschließen auch nicht nachkommen. Ob das Generalsekretariat der EU-Kommission mit dieser formal juristisch zwar nachvollziehbaren aber aufgrund der politischen Brisanz der Thematik eher ungeschickten Entscheidung ein positiven Rahmen für eine vertrauensvolle zukünftige Zusammenarbeit mit EU-Parlament, Rat und Zivilgesellschaft setzt, ist eher unwahrscheinlich.
- Die siebte **TTIP**-Verhandlungsrunde ist für kommende Woche (29.09.-03.10.) in Washington [angekündigt](#).
- Eine von Prof. Markus Krajewski, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des bvöd, verfasste Studie zu **TTIP** wird voraussichtlich Ende Oktober von der Hans-Böckler-Stiftung herausgegeben. Der Titel der Studie lautet: „Auswirkungen des Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens (TTIP) auf den Rechtsrahmen für öffentliche Dienstleistungen in Europa“. Der bvöd wird in seinem nächsten Newsletter darüber berichten.

Glossar: Der Sozialdialog und die neue EU-Kom

Der designierte Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, hat kürzlich im EU-Parlament, neben seinen [politischen Leitlinien](#) für die kommenden Jahre, die Kandidaten und die zukünftige Organisationsstruktur des neuen Kollegiums der EU-Kommission vorgestellt. Der bvöd hat sich in dem Beitrag „[Die Juncker-Kommission – Kandidaten, Struktur, Kompetenzen, Fahrplan](#)“ u.a. mit der Bedeutung des EU-Sozialdialogs innerhalb der neuen EU-Kommission auseinandergesetzt.

Wie sieht die neue Struktur der Kommission aus und welche Kandidaten sind vorgesehen?

Das neue Kollegium wird neben den Fachkommissaren sechs Vizepräsidenten und die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (Federica Mogherini) umfassen, die ebenfalls als Vizepräsidentin geführt wird. Mit der Etablierung von Vizepräsidenten, die jeweils für ein ressortübergreifendes Thema zuständig sind und die mit Kommissaren aus Fachbereichen ein „Projektteam“ bilden, plant EU-Kommissionspräsident Juncker der EU-Kommission eine völlig neue Struktur zu geben. Die Zuordnung der Fachkommissare zu den Vizepräsidenten kann sich je nach Projekt ändern. → *Grafische Übersicht zur neuen Struktur der EU-Kommission:* [LINK](#)

Welche Bedeutung hat der Europäische Sozialdialog in der neuen EU-Kommission?

Aus Sicht des CEEP in seiner Funktion als Europäischer Sozialpartner ist die Eingliederung des EU-Sozialdialogs in das Portfolio des designierten Kommissars **Valdis Dombrovskis (Lettland)** für „Euro und Sozialdialog“ ein wichtiger Schritt zur institutionellen Einbindung der Sozialpartner in die haushalts- und wirtschaftspolitische Steuerung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). [Die EU-Sozialpartner hatten bereits 2013 die stärkere Einbindung der Sozialpartner in die wirtschaftspolitische Steuerung der EU begrüßt.](#) Die Sozialpartner werden seitdem stärker an der makroökonomischen Steuerung der EU beteiligt.

Laut seiner [Aufgabenbeschreibung](#) soll **Dombrovskis** als Vizepräsident die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und die Integration der sozialen Dimension in Europa weiter vorantreiben. Er soll zudem die wirtschaftspolitische Steuerung im Europäischen Semester lenken. Die Förderung des autonomen Sozialen Dialogs und der Austausch mit den EU-Sozialpartnern gehören daher ebenso zum Aufgabenbereich seines Ressorts, wie die Organisation und die Koordinierung der Vorbereitungen für die tripartiten Sozialgipfel mit den Sozialpartnern.

Zum ausführlichen Beitrag: [Die Juncker-Kommission – Kandidaten, Struktur, Kompetenzen, Fahrplan](#)

Terminvorschau

- 02.10.2014 [bvöd: Sitzung Ausschuss Sozialpartnerbereich \(SoPa\)](#)

- 21.10.2014 [bvöd: 2. Präsidiums- und Gesamtvorstandssitzung 2014](#)

- 22.10.2014 [WBR: 2. Plenarsitzung des Wissenschaftlichen Beirates 2014](#)

- 22.10.2014 [WBR: Treffen des Arbeitskreises PPP](#)

- 29.10.2014 [CEEP: CSR-Labelverleihung 2014](#)

- 29.10.2014 [CIRIEC: 30. Internationaler CIRIEC Congress](#)

- 26.11.2014 [bvöd: Konferenz „TTIP: Gefahr oder Chance? Wie schaffen wir eine gerechte Handelspolitik?“](#)

Kontakt

Dominik Hellriegel

fon +49 (0) 30 / 943 95 13 - 0

Referent bvöd-Geschäftsstelle

email hellriegel@bvoed.de

[Alle bisherigen bvöd-Newsletter-Ausgaben](#)

[Newsletter abonnieren](#) – zur Abbestellung genügt eine Mail an info@bvoed.de

Fotonachweis Newsletter:

[finecki](#) - Fotolia.com

[view7](#) - Fotolia.com

[anweber](#) - Fotolia.com

[CEEP](#) – ceep.eu